

## Demokratische Anfänge? Die frühe KPD und die falsche Prämisse der Stalinisierungsthese\*

Die Stalinisierungsthese Hermann Webers hat die Entwicklung der KPD in der Weimarer Republik auf eine ebenso prägnante wie wirkmächtige Formel gebracht: Die KPD habe sich von einer relativ unabhängigen, radikal-sozialistischen Partei, in der innerparteiliche Demokratie eine Selbstverständlichkeit gewesen sei,<sup>1</sup> in »eine straff zentralisierte, monolithische Organisation« verwandelt, »in der die Führung mit Hilfe des eigenen Apparats diktatorisch herrschte und deren Politik sich den Interessen der Sowjetunion unterordnete.«<sup>2</sup> Als Anknüpfungs- und Angriffspunkt prägt Webers Deutung die historische Kommunismusforschung auch fünf Jahrzehnte nach ihrer ersten ausführlichen Darlegung 1969 in *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*.<sup>3</sup> Es ist daher nicht übertrieben, wenn Andreas Wirsching formuliert, dass »Weber der Geschichte der KPD eine bleibende wissenschaftliche Grundlage verliehen« habe.<sup>4</sup> Webers *Wand-*

\* Ich danke Dr. Ulrich Mählert für seine kritischen Kommentare und fruchtbaren Anregungen.

1 Hermann Weber: Thälmann und Stalin, die KPdSU und die KPD, in: Hermann Weber/Bernhard H. Bayerlein (Hg.): *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*, Berlin 2003, S. 11–34, hier S. 13.

2 Hermann Weber: Einführung, in: ders. (Hg.): *Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, 1918–1919*, mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, Berlin 1993, S. 25.

3 Hermann Weber: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969. Siehe zur Rezeption der Stalinisierungsthese etwa Hermann Weber: *Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen*, in: ders. u. a. (Hg.): *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2007, Berlin 2007, S. 221–244; Kevin McDermott: *Hermann Webers Konzept der »Stalinisierung« der KPD und der Komintern. Eine kritische Bewertung*, in: Hermann Weber u. a. (Hg.): *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2008, Berlin 2008, S. 197–206 und Norman LaPorte/Kevin Morgan/Matthew Worley: *Introduction: Stalinization and Communist Historiography*, in: dies. (Hg.): *Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53*, Houndmills/Basingstoke 2008, S. 1–21.

4 Andreas Wirsching: »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft«? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), S. 449–466, hier S. 450. Siehe zum Rang der »Wandlung des deutschen Kommunismus« als »Pionierstudie« und »wegweisende[s] Werk« auch Eric J. Hobsbawm: *Im Angesicht der Niederlage: die Kommunistische Partei Deutschlands (1970)*, in: ders.: *Revolution und Revolte. Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1977 (engl. Originalausgabe 1973), S. 68–84; Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996, S. 2 und Marcel Bois/Florian Wilde: *Ein kleiner Boom. Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90*, in: Ulrich Mählert u. a. (Hg.): *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2010, Berlin 2010, S. 309–322, hier S. 322.

lung ist zu einem Klassiker und damit selbst zu einem Stück Geschichte geworden. Die Jahrzehnte, die seit der ersten Veröffentlichung vergangen sind, rücken indes nicht nur die Wirkung, sondern auch die Standortbindung und Zeitlichkeit der Stalinisierungsthese in den Blick.<sup>5</sup> In seinen autobiografischen Arbeiten hat Weber selbst Auskunft darüber gegeben, wie sehr es die eigene lebensgeschichtliche Betroffenheit war, die ihn nach den Ursachen der »Wandlung des Kommunismus [...] von der sozialen Emanzipationsbewegung mit dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft hin zu einem System der Unterdrückung und des Massenterrors« fragen ließ.<sup>6</sup> Diese Schriften stellen Webers Forschungen in Zusammenhang mit der Suche nach einem »dritten Weg« jenseits von Kommunismus und restaurativem Kapitalismus«, die nach Webers Bruch mit der KPD 1954 begonnen hatte. Durch sie sah er sich bald als Teil einer deutschen Linken, die für »einen demokratischen Sozialismus, [...] für Freiheit und soziale Gerechtigkeit« eintrat.<sup>7</sup> Vor diesem biografischen Hintergrund wird deutlich, dass Webers Stalinisierungsthese nicht nur dazu diente, den Kontinuitätsanspruch der SED infrage zu stellen, die ihre Herrschaft durch die Berufung auf die Traditionen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts historisch zu legitimieren suchte.<sup>8</sup> In der Form einer Verfallsgeschichte verwies Webers Narrativ von der Stalinisierung der KPD auch auf einen Urzustand später verschütteter demokratischer und freiheitlicher Entwicklungspotenziale der Partei, der der Suche nach einem »dritten Weg« einen geschichtlichen Bezugspunkt bot. Mehr noch: Unter der Voraussetzung eines »demokratischen Kommunismus« luxemburgischer Prägung, der im Zuge der Stalinisierung schließlich einem »diktatorisch-bürokratischen Kommunismus« unterlegen sei,<sup>9</sup> ließ sich diese Stalinisierung »schwerlich als notwendiger und unumgänglicher, ja wohl nicht einmal als folgerichtiger Werdegang des deutschen Kommunismus« begreifen.<sup>10</sup>

- 5 Siehe zu Standortbindung und Zeitlichkeit als Voraussetzungen historischer Erkenntnis Reinhart Koselleck: Standortbindung und Zeitlichkeit. Ein Beitrag zur historiographischen Erschließung der geschichtlichen Welt, in: ders.: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1979, S. 176–207.
- 6 Hermann Weber: *Damals, als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule »Karl Marx« bis 1949*, Berlin 2002 und Hermann Weber/Gerda Weber: *Leben nach dem »Prinzip links«. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 2006. Zitat ebd., S. 450.
- 7 Ebd., S. 182 u. 179.
- 8 Siehe Weber: *Einführung* (Anm. 2), S. 24. Karl Hermann Tjaden: Der Begriff der »Wandlung des Kommunismus« bei Hermann Weber, in: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 13 (1971), H. 1/2, S. 42–53, hier S. 52 sieht im Konzept der »Wandlungen des Kommunismus« gar ein »politisches Instrument des Antikommunismus«.
- 9 Hermann Weber: *Einleitung*, in: ders. (Hg.): *Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien*, Frankfurt/Wien 1969, S. 47 f.
- 10 Weber: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus* (Anm. 3), S. 13. Hier wie fortan wird stets der erste Band zitiert. Die Zeitumstände und ihr Einfluss auf Webers Forschungen verdienten eine eingehendere Betrachtung, als sie an dieser Stelle erfolgen kann. Ihr passender Ort wäre eine Geschichte der historischen Kommunismusforschung in Deutschland in ihren transnationalen Bezügen, die bislang fehlt.

Webers Versuch, »den Kommunismus nicht nur auf die stalinistische Barbarei zu reduzieren«,<sup>11</sup> sondern seinen Veränderungen nachzugehen, brach inmitten der politisch aufgeladenen Debatten des Kalten Krieges einer historisch differenzierenden Sichtweise Bahn. Dabei scheint der zeitgeschichtliche und lebensweltliche Kontext der Stalinisierungsthese dazu beigetragen zu haben, dass es Weber mehr um die Unterschiede zwischen der späteren »stalinistische[n] Partei« Ernst Thälmanns und den postulierten demokratischen Ursprüngen unter Rosa Luxemburg ging als darum, nach den Ansätzen für den Stalinisierungsprozess der KPD in ihren Anfängen zu fragen. Da Webers These die Parteientwicklung als Abkehr von ursprünglichen Idealen unter dem zunehmenden Einfluss der Moskauer Komintern fasst, lässt sie der Thematisierung von Kontinuitäten wenig Raum. Dagegen hat sich Kritik geregt. Mit besonderer Schärfe hat Klaus-Michael Mallmann eingewandt, dass es nicht Stalins bedurft habe, um die KPD zu stalinisieren. Der deutsche Parteikommunismus sei nie ein demokratisches Projekt gewesen.<sup>12</sup> Mallmann diente besonders der Heidelberger Parteitag im Oktober 1919 und die auf ihm forcierte Spaltung der Partei als Beispiele für den undemokratischen Charakter schon der frühen KPD. In diesem Spaltungsprozess hatte bereits Sigrid Koch-Baumgarten ein »Exempel für spätere Parteikonflikte« und ein »taktisches Demokratieverständnis« erblickt, das »den ursprünglich formulierten Anspruch auf ein Mehr an innerparteilicher Demokratie im Vergleich zur Sozialdemokratie fragwürdig erscheinen« lasse.<sup>13</sup> Gegenüber Mallmanns nicht ohne Polemik vorgetragener Kritik haben indes Marcel Bois und Florian Wilde die Ausgangsprämisse der Stalinisierungsthese zu verteidigen und zu zeigen versucht, »dass es in der Frühphase der KPD sehr wohl eine ausgeprägte innerparteiliche Demokratie und Diskussionsfreiheit gegeben hat«. <sup>14</sup> Ja diese seien, so Bois, auch im Vergleich mit anderen Parteien der Weimarer Republik in der frühen KPD »mit am

11 Weber/Weber: *Leben nach dem »Prinzip links«* (Anm. 6), S. 159.

12 Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik* (Anm. 4), S. 67. Siehe auch ebd., S. 72 sowie zustimmend in diesem Punkt Heinrich August Winkler: *Rez. v. Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik*, in: *Historische Zeitschrift* 265 (1997), S. 241–243; Sigrid Koch-Baumgarten: *Eine Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD in der Weimarer Republik?*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 34 (1998), S. 82–89, hier S. 83 sowie Wirsching: »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft«? (Anm. 4), S. 463. Einwände gegen diese Prämisse Webers erwähnt, ohne nähere Angaben, auch McDermott: *Hermann Webers Konzept der »Stalinisierung«* (Anm. 3), S. 203. Eine frühe Kritik an der »These der Unterdrückung des »revolutionären« und »demokratischen« Kommunismus in der Entwicklung der KPD der zwanziger Jahre« findet sich in Tjaden: *Der Begriff der »Wandlung des Kommunismus« bei Hermann Weber* (Anm. 8), S. 48–52.

13 Sigrid Koch-Baumgarten: *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD, 1921*, Frankfurt/New York 1986, S. 60.

14 Marcel Bois: *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung*, Essen 2014, S. 92. Siehe auch ebd., S. 96; Marcel Bois/Florian Wilde: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion«? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 6 (2007), H. 2, S. 33–46 sowie Florian Wilde: »Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig« – Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22, in: Hermann Weber u. a. (Hg.): *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2006, Berlin 2006, S. 168–184.

stärksten ausgeprägt« gewesen.<sup>15</sup> Mit Hermann Weber teilen die beiden Autoren dabei, über alle Unterschiede in Generation und politischen Standpunkten hinweg, nicht nur die Vorstellung eines anfänglichen »demokratischen Kommunismus«, sondern auch die Suche nach alternativen Entwicklungsmöglichkeiten zum stalinisierten Kommunismus.<sup>16</sup>

Angesichts dieser gegensätzlichen Positionen möchte ich die Frage nach den demokratischen Anfängen der KPD im Folgenden noch einmal aufwerfen. Dafür scheint es mir angebracht, den Blick von der Oberfläche der innerparteilichen Auseinandersetzungen stärker als bisher auf die darunter liegenden Vorstellungen und Deutungsmuster zu richten, die das parteipolitische Denken und Handeln der führenden Akteure bestimmen, und einige tradierte Darstellungsweisen der historischen Forschung zur Diskussion zu stellen. Denn Zweifel an Webers Prämisse eines anfänglichen demokratischen Kommunismus luxemburgischer Prägung sind auch nach den Arbeiten von Bois und Wilde angebracht. Sie beginnen damit, dass die KPD eigentlich zu keiner Zeit unter dem maßgeblichen Einfluss Rosa Luxemburgs gestanden hat.

### **Der Gründungskonflikt: demokratische Strukturen und erzieherisches Denken**

Durch ihr tragisches Schicksal blieben Luxemburg kaum mehr als zwei Wochen von der Gründung der KPD an der Jahreswende 1918/19 bis zu ihrer Ermordung am 15. Januar 1919, um Einfluss auf die Entwicklung der jungen Partei zu nehmen. Ihr in dieser Zeit den Stempel aufzudrücken, gelang Luxemburg nicht, jedenfalls nicht, wenn man unter der Partei mehr als ihre Führung versteht.<sup>17</sup> Diese sah sich schon auf dem Gründungsparteitag einer Mehrheit von Delegierten gegenüber, die in zentralen politischen Punkten ganz anderer Meinung waren als sie selbst. Zwar wurde für eine Übergangszeit die Führung des Spartakusbundes unter Hinzunahme Paul Frölichs von den Internationalen Kommunisten als Zentrale der KPD bestimmt. Neben Hermann und Käte Duncker gehörten dazu Hugo Eberlein, Paul Lange, Leo Jogiches, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck und August Thalheimer.<sup>18</sup> In der wichtigen Frage der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung hatte zuvor jedoch eine Parteitagmehrheit gegen den erklärten Willen der späteren Parteiführung

15 Bois: *Kommunisten gegen Hitler und Stalin* (Anm. 14), S. 93.

16 Siehe ebd., S. 16f. und Florian Wilde: *Ernst Meyer (1887–1930) – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie*, Diss., Hamburg 2012, S. 9–13. Siehe zu den divergierenden politischen Standpunkten etwa Florian Wilde: *Rez. v. Hermann und Gerda Weber: Leben nach dem »Prinzip links«. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, in: *Utopie kreativ* (Juli/August 2007), H. 201/202, S. 792–794.

17 Siehe auch Koch-Baumgarten: *Aufstand der Avantgarde* (Anm. 13), S. 47.

18 Siehe Protokoll des Gründungsparteitages der KPD, in: Hermann Weber (Hg.): *Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien*, Frankfurt/Wien 1969, S. 49–292, hier S. 261 f.

gestimmt.<sup>19</sup> »Die Entscheidung, die bevorstehenden Wahlen zu boykottieren«, so urteilte bereits Werner T. Angress, »bedeutete praktisch eine Zurückweisung von Rosa Luxemburgs grundlegender Konzeption darüber, wie eine radikale Minderheit revolutionäre Politik betreiben sollte.«<sup>20</sup> In der Geschichtsschreibung sind die Sympathien in diesem Gründungskonflikt der KPD klar verteilt: Der »theoretisch-fundierte[n] Einsicht in die Lage« aufseiten der Zentrale wird die »radikal-utopische Überschätzung eigener Möglichkeiten« durch die Parteitagmehrheit gegenübergestellt.<sup>21</sup> Diese habe zu »putschistischem Verhalten«<sup>22</sup> geneigt und in ihren Entscheidungen »ein Musterbeispiel sektiererischer Politik«<sup>23</sup> geboten. Die Geschichte der KPD bis zum Heidelberger Parteitag wird daher oft als notwendige Auseinandersetzung der Parteiführung mit den »extremistischen Elementen« erzählt, durch deren zumindest teilweises Ausscheiden sich die KPD erst zu einer Massenpartei habe entwickeln können.<sup>24</sup> Auf diese Weise hatte bereits die Parteiführung ihr Vorgehen gegen die innerparteiliche Opposition in der Rückschau zu rechtfertigen versucht.<sup>25</sup> Bei der Lektüre des Protokolls des Gründungsparteitages fällt jedoch auf, dass sich die große Zahl derer, die sich zu Wort meldeten, durchaus nicht »gebährdete [...], als hätte die neue Partei bereits die Mehrheit der Arbeiterschaft gewonnen.«<sup>26</sup> Auch widersprach sie keineswegs der Maxime Luxemburgs, dass sich die Revolution nur »durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der pro-

19 Ebd., S. 135. Nur Frölich war für den Wahlboykott eingetreten.

20 Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923 (engl. Originalausgabe 1963), Düsseldorf 1973, S. 47.

21 Weber: Einleitung (Anm. 9), S. 48. Siehe auch ebd., S. 38; Arthur Rosenberg: Die Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1955, S. 320–322; Charlotte Beradt: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1969, S. 25; Heinz Wohlgemuth: Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Überblick, 2. vollst. überarb. u. ergänzte Aufl., Berlin 1978, S. 269; Sibylle Quack: Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi – Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Mit 50 unveröffentlichten Briefen, Köln 1983, S. 156; Ben Fowkes: Communism in Germany under the Weimar Republic, London 1984, S. 21 u. 37 sowie Chris Harman: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918–1923, Frankfurt a. M. 1998 (engl. Originalausgabe 1982), S. 83–88. Zwei seltene und wenig rezipierte Ausnahmen bilden Gerhard P. Bassler: The Communist Movement in the German Revolution, 1918–1919: A Problem of Historical Typology, in: Central European History 6 (1973), H. 3, S. 233–277, hier S. 266 und Manfred Scharrer: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1983, S. 167.

22 Quack: Geistig frei und niemandes Knecht (Anm. 21), S. 157f. Siehe etwa auch Rosenberg: Die Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik (Anm. 21), S. 322 und Bois: Kommunisten gegen Hitler und Stalin (Anm. 14), S. 119.

23 Karl Hermann Tjaden: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim a. Glan 1964, S. 3.

24 Siehe etwa Rosenberg: Die Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik (Anm. 21), S. 335; Angress: Die Kampfzeit der KPD (Anm. 20), S. 62–66; Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 34f. und Bois/Wilde: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion«? (Anm. 14), S. 44f.

25 Siehe etwa Ernst Meyer: Zur Geschichte der KPD. Zum Jahrestag der Gründung der KPD am 30. Dezember 1918, in: Die Kommunistische Internationale 7 (1926), H. 15, S. 674–680, hier S. 679f.

26 Weber: Einleitung (Anm. 9), S. 38.

letarischen Masse in ganz Deutschland« vollziehen könne.<sup>27</sup> Anders als Luxemburg sah die Majorität der Delegierten in der Wahlbeteiligung jedoch das falsche Mittel, um einen solchen Willen herbeizuführen. Für sie ging das Bekenntnis zum Räteystem mit einem radikalen Anti-Parlamentarismus einher.<sup>28</sup>

Im konsequenten Eintreten für die Rätebewegung sahen die Gegner der Wahlbeteiligung den wesentlichen Unterschied zur USPD. Die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung erschien ihnen deshalb als Fortsetzung jener Politik, von der sie sich durch die Gründung einer eigenen Partei gerade hatten lösen wollen.<sup>29</sup> Die Befürworter der Wahlbeteiligung in der Zentrale konnten zwar einwenden, dass die Nationalversammlung nun für lange Zeit in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken und der Wahlboykott den Verzicht auf die Möglichkeit bedeuten würde, von der Parlamentsbühne aus Einfluss auf breite Bevölkerungskreise zu nehmen.<sup>30</sup> Es gelang ihnen aber nicht, die Delegierten davon zu überzeugen, dass die Arbeit in einem Parlament, das sie selbst als »gegenrevolutionäres Bollwerk« bezeichneten, auch revolutionären Zwecken dienen konnte.<sup>31</sup> Als der Antrag, nicht an den Wahlen teilzunehmen, schließlich mit 62 gegen 23 Stimmen angenommen wurde,<sup>32</sup> waren die ehemaligen Führer des Spartakusbundes also in gewisser Weise Opfer ihres eigenen propagandistischen Erfolges geworden.<sup>33</sup> Auch in der Gewerkschaftspolitik hätte die Parteiführung wohl eine Abstimmungsniederlage erlitten, wären nicht alle Anträge auf Vorschlag Luxemburgs und Piecks einer Kommission überwiesen worden. Die geäußerte Stimmung auf dem Parteitag war für den Austritt aus den Gewerkschaften und für die Bildung selbstständiger Wirtschaftsorganisationen, was die Spartakus-Mehrheit in der Zentrale ablehnte.<sup>34</sup> Die

27 Rote Fahne Nr. 29 vom 14. Dezember 1918.

28 Siehe Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus (Anm. 3), S. 38. Siehe zu den Traditionen und Ursachen des Antiparlamentarismus auf dem Gründungsparteitag Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim a. Glan 1969, S. 94–97 und Scharrer: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung (Anm. 21), S. 166–172.

29 Siehe Protokoll des Gründungsparteitages der KPD (Anm. 18), S. 97, 118 f. u. 120.

30 Ebd., S. 93, 94 f., 107 f., 128 f. u. 131 f.

31 Ebd., S. 101, 103 u. 124 f.

32 Ebd., S. 135.

33 Siehe Scharrer: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung (Anm. 21), S. 168–172.

34 Siehe Protokoll des Gründungsparteitages der KPD (Anm. 18), S. 164 f. und Fritz Globig: Über einige Fragen im Zusammenhang mit der Gründung der KPD, in: Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften, der Parteihochschule »Karl Marx« und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED am 22./23. Januar 1959 in Berlin anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der KPD, Berlin 1959, S. 91–99, hier S. 96. Siehe auch Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus (Anm. 28), S. 97; Angress: Die Kampfzeit der KPD (Anm. 20), S. 47; Gerhard A. Ritter: Die sozialistischen Parteien in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik, in: Werner Pöls (Hg.): Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1979, S. 100–154, hier S. 141 f.; Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 13), S. 37; Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984, S. 261 und Bois: Kommunisten gegen Hitler und Stalin (Anm. 14), S. 108.

Geschichte der KPD begann daher paradox: Die Delegierten wählten eine Zentrale, die nicht zu ihren taktischen Vorstellungen passte, und die Mitglieder der Zentrale fanden sich an die Spitze einer Partei gesetzt, in der sie »mit ihren Positionen hoffnungslos in der Minderheit« waren.<sup>35</sup>

Für das Verhältnis der Parteiführung zur innerparteilichen Demokratie ist aufschlussreich, dass sie weder ihren Gegensatz zur Parteitagmehrheit als eine demokratische Repräsentationskrise noch das Parteitagsvotum als einen demokratischen Auftrag begriff. Sie führte die gegen ihren Willen getroffenen Entscheidungen vielmehr auf die mangelhafte politische Aufklärung und theoretische Durchbildung der Parteimitglieder zurück und leitete daraus die Notwendigkeit ab, sie marxistisch zu schulen und über die Grundsätze einer kommunistischen Partei zu unterrichten. Wenn Wilhelm Pieck 1925 rückblickend schrieb, »daß die Mehrheit der Parteitagsdelegierten sich über die politische Situation nicht klar war und auch vollkommen die Rolle der Partei verkannte«,<sup>36</sup> gab er nur eine Ansicht wieder, die bereits sechs Jahre zuvor in der Zentrale vorherrschend war und die Luxemburg in eine Mahnung an den Parteitag kleidete: »Es ist nicht die Reife und der Ernst, die in diesen Saal gehören.«<sup>37</sup> Ihren bildhaften Ausdruck findet diese Ansicht in einer Reminiszenz Jacob Walchers, der dem Parteitag neben Pieck vorsah: »Als ein ziemlich ahnungsloser, konfuser, aber sehr heißblütiger Diskussionsredner mehr als bedenkliche Ausführungen machte«, habe er zu Rosa Luxemburg gesagt: »Was soll bei soviel Konfusion und solch heillosen Illusionen aus unserer jungen Partei werden?« Darauf habe Luxemburg lächelnd erwidert: »Jeder große Strom führt Schlamm mit sich. Das wird sich alles klären.«<sup>38</sup> Wenn sich auch der Optimismus Luxemburgs nicht bewahrheiten und sich im Laufe des folgenden Jahres die inhaltlichen Konflikte eher zuspitzen als klären sollten, so entsprach doch das Handeln der Zentrale recht genau der Einschätzung, die Walchers Erinnerung in ein sprachliches Bild setzt: Die Entscheidung des Parteitages zum Parlamentarismus und die Äußerungen zur Gewerkschaftspolitik wurden nicht als Mehrheitsvoten betrachtet, denen es Rechnung zu tragen galt, sondern als Ausdruck eines getrübbten Verständnisses der gegenwärtigen Verhältnisse und politischen Erfordernisse. Zwar blieb der Zentrale zunächst nichts anderes übrig, als sich dem Beschluss des Wahlboykotts zu fügen. In Versammlungen und Bezirkskonferenzen versuchten Angehörige der Zentrale jedoch seit dem Frühjahr 1919 die Parteimitglieder über

35 Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 13), S. 37. Siehe auch Bois: Kommunisten gegen Hitler und Stalin (Anm. 14), S. 108.

36 Wilhelm Pieck: Die Partei- und Führerkrisen in der KPD, in: Die Kommunistische Internationale 6 (1925), H. 11, S. 1196–1206, hier S. 1198.

37 Protokoll des Gründungsparteitages der KPD (Anm. 18), S. 99. Siehe auch Jacob Walcher: Auf dem Gründungsparteitag, Typoskript, o. D., Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch) SgY 30/1301, Bl. 66–70, Bl. 66 und Paul Levi: Bericht über die Entwicklung der K.P.D., in: Berichte zum Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, S. 21–35, hier S. 24, 26 u. 30.

38 Walcher: Auf dem Gründungsparteitag (Anm. 37), Bl. 69. Siehe auch Jacob Walcher an Rudolf Lindau, Berlin, 2. März 1951 (Abschrift), SAPMO-BArch NY 4036/625, Bl. 19.

»Syndikalismus, Anarchismus und Kommunismus« aufzuklären.<sup>39</sup> Der »Fehler« des Gründungsparteitages sollte »durch eine umfassende politische Schulung der jungen Partei korrigiert« werden.<sup>40</sup> Dieses Vorgehen stand in der Tradition des Bildungsdenkens der kaiserzeitlichen Sozialdemokratie, das abweichende Positionen innerhalb der Parteimitgliedschaft häufig auf fehlende theoretische Schulung zurückführte. Indem es den Parteitagsbeschluss auf einen »etwas kindischen, unausgegorenen [...] Radikalismus« reduzierte und die definitive Entscheidung über die richtige Politik der reifen Erkenntnis der Parteiführung übertrug, konterkarierte es letztlich die Prinzipien innerparteilicher Demokratie.<sup>41</sup> So fanden sich die demokratischen Strukturen der frühen KPD von einem Denken durchkreuzt, das die Beziehung von Parteiführung und -mitgliedschaft im Konfliktfall als ein Erziehungsverhältnis betrachtete.

### Jenseits der Kompromisse: die Praxis innerparteilicher Diskussion

In ihrem Bemühen, die Beschlüsse des Gründungsparteitages durch »Aufklärung« zu revidieren, sah sich die Zentrale bald schweren Hemmnissen ausgesetzt. Nach den Januararkämpfen 1919 schränkten Verhaftungen, Haussuchungen und Beschlagnahmungen sowie das Verbot der *Roten Fahne* und der Partei ihre Wirkungsmöglichkeiten stark ein. Mit der Ermordung Luxemburgs, Liebknechts und Jogiches' im Januar und März sah sich die Zentrale zudem ihres wichtigsten Führungspersonals beraubt.<sup>42</sup> Pieck führte es später auf die schwierigen Bedingungen der Illegalität zurück, dass die »antiparlamentarischen und syndikalistischen Auffassungen« in der KPD schnell überhandgenommen hätten.<sup>43</sup> Zwar versuchte die Zentrale durch die Aussendung von Organisatoren und

39 Wilhelm Pieck: Zur Parteigeschichte der K.P.D. (Spartakusbund) vom 28/10 1918 bis 10/2 1920. Typoskript mit handschriftlichen Einfügungen und Unterstreichungen 1920, SAPMO-BArch NY 4036/384, Bl. 195–331, Bl. 281. Siehe auch ebd., Bl. 288; Paul Hartstein [d. i. Paul Levi] an Lenin, 27. März 1919, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (im Folgenden: AdsD) NL Paul Levi, 1/PLAA000041 sowie Angress: Die Kampfzeit der KPD (Anm. 20), S. 67; Ritter: Die sozialistischen Parteien in Deutschland (Anm. 34), S. 143 und Bois/Wilde: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion«? (Anm. 14), S. 37.

40 Pieck: Die Partei- und Führerkrisen (Anm. 36), S. 1198.

41 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, [Berlin], 11. Januar [1919], in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Rosa Luxemburg. Gesammelte Briefe, Bd. 5: August 1914 bis Januar 1919, S. 426f., hier S. 426.

42 Siehe Pieck: Zur Parteigeschichte der K.P.D. (Anm. 39), Bl. 273–288. Siehe zu den Schwierigkeiten der Zentrale in der Illegalität auch das Protokoll der Konferenz der KPD am 29. März 1919 in Frankfurt a. M., AdsD NL Paul Levi, 1/PLAA0000285; Protokoll der Reichskonferenz am 16. August 1919 in Frankfurt a. M., AdsD NL Paul Levi, 1/PLAA0000176, S. 1–9, hier S. 1 f.; Levi: Bericht über die Entwicklung der K.P.D. (Anm. 37), S. 23; Ossip K. Flechtheim: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1948, S. 59 und Werner Müller: Die KPD in ihrem ersten Jahr, in: Alexander Gallus (Hg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 160–186, hier S. 171 f.

43 Pieck: Die Partei- und Führerkrisen (Anm. 36), S. 1198. Siehe auch Wilhelm Pieck: Die Arbeiterparteien in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1922/23, S. 637–649, hier S. 646f.; Pieck: Zur Parteigeschichte der K.P.D. (Anm. 39), Bl. 281 sowie Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 13), S. 37.



Agitatoren »den Parteaufbau von Berlin aus zu organisieren« und ihren Einfluss in den Organisationen auszuweiten.<sup>44</sup> Durch den Belagerungszustand verlor sie jedoch zunehmend die Verbindung zu den Parteigliederungen, sodass sich in einigen Bezirken sogar das Gerücht verbreitete, die Zentrale sei aufgelöst, und Versuche einsetzten, eine neue Führung zu etablieren.<sup>45</sup> Eine eilig herbeigerufene Konferenz in Frankfurt am Main am 29. März 1919 sollte dazu dienen, »den persönlichen und organisatorischen Zusammenhang der Zentrale wenigstens mit den Leitern der einzelnen Bezirke« zu sichern und sich »über verschiedene Fragen der Bewegung auszusprechen«.<sup>46</sup> Dabei versuchte die Zentrale mit Verweis auf die willkürliche Zusammensetzung der Konferenz, bindende Entscheidungen über das Parteiprogramm und eine Neuwahl der Parteiführung zu verhindern. Sie bemühte sich vor allem darum, ihre geschwundene Autorität wieder zu stärken und ihrer Leitungskompetenz Anerkennung zu verschaffen.<sup>47</sup> Dennoch entwickelte sich die KPD in der Folge immer stärker entsprechend den jeweiligen lokalen Bedingungen.<sup>48</sup> Daher ging es bald nicht mehr nur »um die Austragung *theoretischer* Differenzen, diese entsprachen vielmehr im Spätsommer 1919 einer unterschiedlichen *Praxis*«.<sup>49</sup> Vor allem in der Gewerkschaftspolitik driftete die Organisation zunehmend auseinander. Während in einigen Parteibezirken mit der Losung »Heraus aus den Gewerkschaften!« der Aufbau eigener kommunistischer Verbände vorangetrieben wurde, arbeiteten die Mitglieder in anderen Bezirken in den Freien Gewerkschaften mit.<sup>50</sup> Diese Entwicklung warf die Frage auf, ob sich die unterschiedlichen Strömungen überhaupt noch in einer Partei vereinen ließen.

Um ihren Standpunkten in dieser Situation Geltung zu verschaffen, bediente sich die Zentrale solcher Mittel, die mit den Gepflogenheiten innerparteilicher Demokratie wenig zu tun hatten. Statt die vom Gründungsparteitag eingesetzte Programmkommission zusammenzurufen, in der sie nur eine Minderheit der Mitglieder gestellt hätte,<sup>51</sup>

44 Ebd., S. 52 u. 56.

45 Siehe Pieck: Zur Parteigeschichte der K.P.D. (Anm. 39), Bl. 287 f.; Hartstein an Lenin (Anm. 39) und Protokoll der Konferenz der KPD am 29. März 1919 (Anm. 42). Siehe etwa auch Levi: Bericht über die Entwicklung der K. P. D. (Anm. 37), S. 23 u. 25.

46 Protokoll der Konferenz der KPD am 29. März 1919 (Anm. 42) und Levi: Bericht über die Entwicklung der K.P.D. (Anm. 37), S. 25 f.

47 Siehe Protokoll der Konferenz der KPD am 29. März 1919 (Anm. 42) sowie Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund): An die Ortsgruppen der KPD, AdsD NL Paul Levi, 1/PLAA0000176. Siehe zur Konferenz am 29. März 1919 auch Hans-Erich Volkmann: Die Gründung der KPD und ihr Verhältnis zum Weimarer Staat im Jahre 1919, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 23 (1972), H. 2, S. 65–80, hier S. 73 und Müller: Die KPD in ihrem ersten Jahr (Anm. 42), S. 176.

48 Siehe Koch-Baumgarten: *Aufstand der Avantgarde* (Anm. 13), S. 52.

49 Ebd., S. 58. Hervorhebung im Original.

50 Siehe Bois/Wilde: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion« (Anm. 14), S. 38. Siehe auch Bois: *Kommunisten gegen Hitler und Stalin* (Anm. 14), S. 112 f. sowie *Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)* (Hg.): *Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919*, S. 34 und vor allem Bock: *Syndikalismus und Linkskommunismus* (Anm. 28), S. 123–132.

51 Siehe Protokoll des Gründungsparteitages der KPD (Anm. 18), S. 238 f.

hatte sie nach der Zusammenkunft im März damit begonnen, auf Reichskonferenzen eine Entscheidung in strittigen Fragen herbeizuführen.<sup>52</sup> Auf der Reichskonferenz in Frankfurt am Main im August 1919 lud die Zentrale neben den Bezirksdelegierten auch Redakteure, Wanderredner und Parteisekretäre ein – »mit der durchsichtigen«, aber unerfüllt gebliebenen »Absicht, sich dadurch formal eine Mehrheit für die eigenen Positionen zu verschaffen«.<sup>53</sup> Das Ziel der Diskussion sah die Parteiführung in der Durchsetzung ihrer politischen Linie, nicht etwa in einem durch Kompromisse zustande gebrachten Ausgleich der divergierenden Standpunkte und Interessen innerhalb der Partei. Entsprechend erklärte die von der Zentrale herausgegebene *Kommunistische Räte-Korrespondenz* in ihrem Konferenzbericht die Forderung der Opposition, nur den gewählten Delegierten das Stimmrecht einzuräumen, kurzerhand zu »falschen demokratischen Schrullen«: »Es handelt sich doch nicht darum, daß man einen *Mehrheitsbeschluß* faßt, sondern darum, daß ein *richtiger* Beschluß eine *Mehrheit* findet.«<sup>54</sup> Darüber, welcher Beschluss der richtige war, hatte nach diesem Grundsatz die Zentrale zu befinden. Ihr wurde mit Verweis auf ihre Erfahrung zugeschrieben, was vor allem jenen Parteimitgliedern fehle, »die politisch erst durch die Revolution geweckt und ins politische Leben geschleudert worden« seien: »parteilpolitische Grundsätzlichkeit« sowie die Fähigkeit, sich nicht »allzu leicht durch Tagesereignisse beeinflussen« zu lassen, sondern »auf die tieferliegende Entwicklungstendenz Rücksicht« zu nehmen.<sup>55</sup> In ähnlicher Weise schrieb wenig später auch Karl Radek in seinem Brief an den Heidelberger Parteitag der Zentrale, trotz aller Fehler, die sie gemacht haben könne, das »Bewußtsein der Ziele und Wege der kommunistischen Partei« zu. Dagegen führe die Forderung, »die Partei solle alle ihre Beschlüsse demokratisch fassen«, nur dazu, dass »angebliche Willensvollstrecker der örtlichen Mitgliedschaften ihrer persönlichen Unklarheit und Wirrköpfigkeit fröhnen können.«<sup>56</sup> Die Reichskonferenz vom August teilte eine solche Einschätzung mehrheitlich nicht. Sie erklärte sich schließlich für beschluss- und wahlunfähig, nachdem Levi laut Protokoll im Namen der Zentrale verkündet hatte: »Entweder Abstimmung nach unserem Modus oder wir fügen uns überhaupt nicht.«<sup>57</sup>

Mit einem politischen Denken, das letztlich darauf abzielte, die eigenen »Vorstellungen in der Gesamtpartei zu verallgemeinern«,<sup>58</sup> stand die Zentrale allerdings nicht allein. Wie Koch-Baumgarten hervorgehoben hat, versuchten auch Teile der Opposition die

52 Siehe Koch-Baumgarten: *Aufstand der Avantgarde* (Anm. 13), S. 56–58.

53 Ebd., S. 59. Siehe zur Reichskonferenz in Frankfurt am Main auch Fowkes: *Communism in Germany under the Weimar Republic* (Anm. 21), S. 37 f.; Bois/Wilde: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion«? (Anm. 14), S. 38 und Müller: *Die KPD in ihrem ersten Jahr* (Anm. 42), S. 179 f.

54 Die II. Reichskonferenz der K.P.D., in: *Kommunistische Räte-Korrespondenz* Nr. 15/16 vom 5. September 1919, S. 2–4, hier S. 2. Die Kursivierungen entsprechen Hervorhebungen durch einen erweiterten Lauf der Schrift im Original.

55 Ebd. Siehe auch Protokoll der Reichskonferenz am 16. August 1919 (Anm. 42), S. 3 f.

56 Karl Radek: *Zur Taktik des Kommunismus. Ein Schreiben an den Oktober-Parteitag der K.P.D.*, o. O. 1919, S. 11 f.

57 Protokoll der Reichskonferenz am 16. August 1919 (Anm. 42), S. 5 u. 7.

58 Koch-Baumgarten: *Aufstand der Avantgarde* (Anm. 13), S. 56.

»Reichskonferenzen einzig als Forum zur Durchsetzung ihrer Positionen [zu] benutzen, ohne eine sachliche Vereinheitlichung oder einen Ausgleich anzustreben«. <sup>59</sup> Sie teilten mit der Zentrale Elemente einer politischen Kultur, die weniger von Toleranz und Diskussionsbereitschaft als von Unduldsamkeit und Unnachgiebigkeit geprägt war und schließlich beide Seiten den Ausschluss ihres Gegners betreiben ließ. <sup>60</sup> So erklärte Fritz Wolffheim als Wortführer der Hamburger Opposition auf dem Heidelberger Parteitag, der am 20. Oktober 1919 die Spaltung besiegelte: »Auch wir sind der Meinung, daß die Reinheit einer Bewegung über ihre Einheit geht.« <sup>61</sup>

### »Reinheit« statt »Einheit«: der Heidelberger Parteitag

Wie sehr sich die innerparteilichen Konflikte seit dem Gründungsparteitag der KPD zugespitzt hatten, zeigt die Eröffnungsrede Paul Levis zum Heidelberger Parteitag. Levi, der nach dem Tode Luxemburgs, Liebknechts und Jogiches' zum führenden Mitglied der Zentrale geworden war, schilderte die Partei darin »in einem Zustand schwerster Zerrüttung«. Sie sei durch die »syndikalistische Krankheit« bedroht und im Begriff, »von ihrem klaren Wege, den marxistische Theorie ihr vorschreibt, abzuweichen«. <sup>62</sup> Die Rede von der »syndikalistischen Krankheit«, die abweichende Standpunkte pathologisierte, bildete den Höhepunkt in der sich auch sprachlich vollzogenen Radikalisierung der innerparteilichen Gegensätze. Schon in der Anfangsphase des Konflikts hatte die Parteiführung in Versammlungen und Rundschreiben die Opposition, die in sich keineswegs homogen war, pauschal unter das Schlagwort des Syndikalismus rubriziert. <sup>63</sup> Darunter fasste sie die Position, dass sich die Revolution nicht politisch, sondern wirtschaftlich vollziehen würde und die Kommunistische Partei daher in einer auf Ebene der Betriebe angesiedelten Einheitsorganisation aufgehen solle, die an die Stelle der alten Gewerkschaften zu

59 Ebd., S. 58. Siehe auch Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 32.

60 Siehe Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 13), S. 59; Bois/Wilde: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion«? (Anm. 14), S. 38 sowie: Die Klärung in der Opposition, in: Die Rote Fahne Nr. 23 vom 5. März 1920.

61 Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 30.

62 Ebd., S. 17. Siehe auch den Artikel: Reinigung, in: Die Internationale 1 (1. November 1919), H. 15/16, S. 281–285, hier S. 283 f.; den Brief von Paul Hartstein [d. i. Paul Levi] an die »W[erten]. G[enossen].«, 28. November 1919, AdsD NL Paul Levi, 1/PLAA000041: Seit dem Beschluss der Nichtbeteiligung an den Wahlen hätten die Syndikalisten damit begonnen, »die Partei zu unterwühlen« sowie Dok. 76: Mitteilung der Zentrale der KPD von Anfang November 1919 über die Stellung des 2. Parteitages zur syndikalistischen Gruppe um Laufenberg-Wolffheim in Hamburg, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7/1: Februar 1919–Dezember 1921, Berlin 1966, S. 149–151.

63 Siehe Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus (Anm. 28), S. 96; Fowkes: Communism in Germany under the Weimar Republic (Anm. 21), S. 39 f. und Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 13), S. 460, Anm. 167 u. S. 461, Anm. 177.

treten habe.<sup>64</sup> Da sich die Benennung der Opposition als »Syndikalisten« oder als »Anarchisten« und »Putschisten« häufig auch in der Sekundärliteratur findet,<sup>65</sup> ist der Hinweis angebracht, dass es sich dabei keineswegs um Selbstbezeichnungen handelte. Bereits auf der Reichskonferenz im August wandten sich Vertreter der Opposition sowohl gegen die Politik der Zentrale als auch gegen syndikalistische Auffassungen. Auf dem Heidelberger Parteitag verwarnten sie sich dann ausdrücklich gegen den Vorwurf, »Syndikalisten« zu sein.<sup>66</sup> Als asymmetrischer Gegenbegriff zu »Kommunisten« war diese Bezeichnung vielmehr eine Fremdzuschreibung mit diskreditierender Absicht, die davon zeugt, dass die Parteiführung der Opposition die Anerkennung als Vertreter legitimer Standpunkte verweigerte.<sup>67</sup> Schon vor der Spaltung vollzog die Zentrale damit die sprachliche Ausgrenzung der Opposition aus der Partei und reklamierte die Deutungshoheit über Wesen und Grenzen kommunistischer Politik für sich. Dem entspricht, dass sie schließlich auf dem Heidelberger Parteitag Leitsätze zur Annahme vorschlug, die sie als ein »Bekenntnis zum Kommunismus und zur Kommunistischen Partei« verstanden wissen wollte, das über die Parteizugehörigkeit entschied. Darin wurde die KPD, im Gegensatz zu den Beschlüssen und Tendenzen des Gründungsparteitages, auf eine Abkehr vom prinzipiellen Antiparlamentarismus und auf die Mitarbeit in den Freien Gewerkschaften festgelegt. Mitglieder, die diese Anschauungen nicht teilten, sollten aus der Partei ausscheiden.<sup>68</sup>

In den Leitsätzen verwarf die Zentrale auch jeglichen Föderalismus, der auf dem Gründungsparteitag von Hugo Eberlein noch als Organisationsprinzip für den Parteaufbau vorgeschlagen worden war. Anders als in den Fragen des Parlamentarismus und der Gewerkschaftspolitik leitete die Parteiführung hier also die Revision eines Standpunktes ein, den sie selbst vertreten hatte. Der Wandel der Grundsätze der Parteiorganisation war indes weniger stark, als es den Anschein hat, und gerade der Blick auf die bleibenden Züge gibt ein Prinzip zu erkennen, das für das parteipolitische Denken in der Zentrale letztlich maßgeblicher war als das der innerparteilichen Demokratie: das Prinzip der »Aktionsfähigkeit«. Der auf dem Gründungsparteitag angedachte Parteaufbau war in der Tat ein ausgesprochen demokratischer. Den einzelnen Ortsverbänden sollte die größtmögliche Freiheit gelassen werden. Damit begegnete die Parteiführung nicht

64 Siehe etwa Die II. Reichskonferenz der K.P.D. (Anm. 54), S. 3f.; Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 18 und Hartstein [d. i. Paul Levi] an die »W[erten]. G[enossen].« (Anm. 62).

65 Siehe etwa Beradt: Paul Levi (Anm. 21), S. 33; Quack: Geistig frei und niemandes Knecht (Anm. 21), S. 165; Weber: Einleitung (Anm. 9), S. 38; Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung (Anm. 34), S. 119; Bois/Wilde: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion?« (Anm. 14), S. 44 und Müller: Die KPD in ihrem ersten Jahr (Anm. 42), S. 175.

66 Siehe Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 30–32, 34, 36 u. 44 sowie Protokoll der Reichskonferenz am 16. August 1919 (Anm. 42), S. 6. Siehe auch Flechthelm: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik (Anm. 42), S. 60; Babette Gross: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 102; Ritter: Die sozialistischen Parteien in Deutschland (Anm. 34), S. 143 und Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung (Anm. 34), S. 260.

67 Siehe dazu grundsätzlich Reinhart Koselleck: Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe, in: ders.: Vergangene Zukunft (Anm. 5), S. 211–259.

68 Siehe Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 6.

nur Vorwürfen, dass sie »eine autokratische Gewalt ausüben« wolle.<sup>69</sup> Sie trug auch ihrer Kritik am schwerfälligen Apparat der alten Sozialdemokratie Rechnung, der rasche Aktionen des Proletariats unmöglich gemacht habe.<sup>70</sup> Eingang in den Vorschlag der Autonomie der örtlichen Organisationen fand zudem die Erfahrung fehlender lokaler Initiativen während des Krieges und Belagerungszustandes, als die Zentrale des Spartakusbundes nur über sehr eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten verfügte. Da Eberlein davon ausging, dass auch in naher Zukunft die Kräfte der Parteiführung noch sehr begrenzt sein würden, forderte er, dass die Parteiorte »nicht immer auf das warten, was von oben angeordnet wird.«<sup>71</sup> Dabei wollte sich die Zentrale die Parteiführung keineswegs aus der Hand nehmen lassen. Sie habe die Aufgabe, führte Eberlein aus, »die geistige und politische Leitung zu übernehmen [...], die Organisation im Lande zu belehren und zu unterstützen.«<sup>72</sup> Das Wichtigste sei indes eine Organisationsform, »die auch aktionsfähig ist.«<sup>73</sup>

Mit dem Begriff der »Aktionsfähigkeit«<sup>74</sup> ist das Ausgangsprinzip von Eberleins föderalistischen Überlegungen benannt. Die neue Partei sollte kein »Wahlverein, sondern eine politische Kampforganisation werden.«<sup>75</sup> Schien das Prinzip der »Aktionsfähigkeit« zunächst ein hohes Maß an Föderalismus und Autonomie der Parteiorganisationen zu verlangen, so ließ sich daraus nur wenige Monate später ebenso eine Einschränkung zuvor eröffneter Freiheiten begründen. Denn inzwischen hatte sich in der Zentrale durch die innerparteilichen Auseinandersetzungen unter den Bedingungen der Illegalität ein Erfahrungswandel vollzogen: Der Föderalismus erschien nicht mehr als förderlich, sondern als hemmend für die »Aktionsfähigkeit« der Partei, da er der Opposition in den Bezirken Handlungsräume eröffnete, während sich die Zentrale zu weitgehender Ohnmacht verurteilt sah. Schon im Juni erklärte diese daher, dass die Organisation »in diesem Stadium des revolutionären Kampfes eine straff zentralistische sein« müsse.<sup>76</sup> Die Partei, hieß es sodann in den »Leitsätzen« des Heidelberger Parteitages, könne ihrer Aufgabe nur gerecht werden, »wenn sie in revolutionären Epochen in straffster Zentralisation vereinigt ist«. Diese galt nun als »die Vorbedingung für eine umfassende und kraftvolle

69 Protokoll des Gründungsparteitages der KPD (Anm. 18), S. 248.

70 Ebd., S. 240 f. Siehe auch Ritter: Die sozialistischen Parteien in Deutschland (Anm. 34), S. 147 sowie Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik (Anm. 4), S. 58.

71 Protokoll des Gründungsparteitages der KPD (Anm. 18), S. 243 u. 248. Siehe auch Ritter: Die sozialistischen Parteien in Deutschland (Anm. 34), S. 146.

72 Protokoll des Gründungsparteitages der KPD (Anm. 18), S. 248.

73 Ebd., S. 247.

74 Ebd., S. 247 f.

75 Ebd., S. 240.

76 Dok. 53: Erklärung gegen den Syndikalismus, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Anm. 62), S. 105 f., hier S. 105. Siehe zur »Abwendung von der Bedeutung der lokalen Autonomie« (Ritter: Die sozialistischen Parteien in Deutschland [Anm. 34], S. 148) hin zu einer »straffe[n] Zentralisierung des Parteiparates« (Die II. Reichskonferenz der K.P.D. [Anm. 54], S. 2) auch das Protokoll der Reichskonferenz am 16. August 1919 (Anm. 42), S. 2.

revolutionäre Politik des proletarischen Klassenkampfes« und zählt als Organisationsideal zu den Voraussetzungen für die 1921 einsetzende »Bolschewisierung« der Partei.<sup>77</sup>

Die Zentrale ging schließlich so weit, den Föderalismus schlichtweg zu einer syndikalistischen Organisationsform zu erklären und ihr den »Grundsatz einer scharfen Zentralisation der politischen Partei« der Kommunisten entgegenzustellen.<sup>78</sup> Dabei zeigt gerade der Anstoß, den die Zentralisierungsbestrebungen unter den Parteimitgliedern erregten, dass die Rede von »Syndikalisten« auf der einen und »Kommunisten« auf der anderen Seite die vielfältigen Konfliktlinien in der frühen KPD verdeckte. Es waren schon bald nicht mehr nur der Parlamentarismus und die Gewerkschaftspolitik, sondern auch die Einschränkung der lokalen Autonomie und der Mitbestimmungsrechte gewesen, die die Partei entzweite. Im August, bevor die Zentrale an eine Parteispaltung dachte, war in der *Kommunistischen Räte-Korrespondenz* im Bericht von der Reichskonferenz gar zu lesen, dass es die Organisationsprobleme waren, die den »strittigen politisch-taktischen Fragen den Unterton gaben und die Differenzen beeinflussten.«<sup>79</sup> Die innerparteiliche Demokratie war in der frühen KPD folglich keine Selbstverständlichkeit, sondern Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Viele Mitglieder der lokalen Organisationen werteten die Zentralisierung als eine diktatorische Beschneidung ihrer Rechte und einen »Rückfall in die alten Sünden der S.P.D.«.<sup>80</sup> Levi erklärte hingegen auf dem Heidelberger Parteitag, der Föderalismus sei in solchen Zeiten nur die versteckte Form für die Verneinung und Auflösung der Partei, weil er sie lähme und einheitliche Aktionen der Arbeiter unmöglich mache.<sup>81</sup> Der auf diese Weise verworfene Föderalismus, den Hermann Weber als einen Grundzug der frühen, demokratischen KPD hervorgehoben hat,<sup>82</sup> war aller-

77 Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 36. Siehe zur frühen »Bolschewisierung« Richard Löwenthal: *The Bolshevisation of the Spartacus League*, in: David Footman (Hg.): *International Communism*, London 1960, S. 23–71 sowie ferner Flechtheim: *Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik* (Anm. 42), S. 61; Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung* (Anm. 34), S. 264; Weber: *Die Stalinisierung der KPD* (Anm. 3), S. 222; Wirsching: »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft«? (Anm. 4), S. 465 und Müller: *Die KPD in ihrem ersten Jahr* (Anm. 42), S. 185.

78 Die Reichskonferenz der Klarheit und Grundsätzlichkeit, in: *Kommunistische Räte-Korrespondenz* Nr. 20 vom 8. November 1919, S. 2–5, hier S. 4. Siehe auch das Typoskript: *Kommunismus und Syndikalismus*, AdsD NL Paul Levi, 1/PLAA0000173, Bl. 53 f. sowie Hartstein [d. i. Paul Levi] an die »W[erten]. G[enossen].« (Anm. 62), worin Levi auch den Antiparlamentarismus explizit als »Symptom des Syndikalismus« bezeichnet.

79 Die II. Reichskonferenz der K.P.D. (Anm. 54), S. 2. Siehe auch *Die Klärung der Opposition*, in: *Die Rote Fahne* Nr. 23 vom 5. März 1920.

80 Die II. Reichskonferenz der K.P.D. (Anm. 54), S. 2; Dok. 75: *Politisches Rundschreiben der Zentrale der KPD von Anfang November 1919 zu den auf dem 2. Parteitag beschlossenen Leitsätzen*, in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (Anm. 62), S. 143–149, hier S. 145 und *Die Klärung der Opposition* (Anm. 79).

81 Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 6.

82 Siehe zuletzt Hermann Weber: *Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD. Eine historische Einführung*, in: Hermann Weber/Jakov Drabkin/Bernhard H. Bayerlein/Aleksandr Galkin (Hg.): *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 1: *Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die Deutsch-Russischen Beziehungen (1918–1943)*, Berlin/Boston 2014, S. 9–139, hier S. 15.

dings schon zuvor im Organisationsdenken der ehemaligen Spartakus-Führer nicht von wesentlicher Bedeutung gewesen. Die Substanz ihrer Vorstellung von der Partei als politischer Kampforganisation bildete von Beginn an das Prinzip der »Aktionsfähigkeit«. Dieses Prinzip trug maßgeblich zu einer Wahrnehmung der Opposition als Hemmnis für »eine gesunde Entwicklung der Partei«, ja als sie lähmende »Krankheit« bei und es sollte noch in der Rückschau die Grundlage bieten, um die mit den Leitsätzen forcierte Spaltung der KPD zu rechtfertigen.<sup>83</sup>

Für die Leitsätze stimmten schließlich 31, dagegen 18 Vertreter des Parteitag.<sup>84</sup> Die Delegierten, die gegen die Leitsätze gestimmt hatten, sollten daraufhin vom Parteitag ausgeschlossen werden. Ihre Organisationen sollten anschließend die Entscheidung darüber treffen, ob sie sich auf den Boden der Leitsätze stellen oder der Ablehnung ihrer Vertreter folgen. Wolffheim kündigte daraufhin den Zusammenschluss der Opposition zu einer eigenen Partei an, die den ganzen Norden, das Rheinland, Berlin und Teile Sachsens umfassen werde: »Wir werden von nun an eine K.P.D. (Spartakusbund) und eine Kommunistische Partei Deutschlands haben.«<sup>85</sup> Die von der Zentrale erhoffte Klärung haben die Leitsätze zunächst allerdings kaum bewirkt.<sup>86</sup> 16 der 18 Delegierten, die gegen die Leitsätze gestimmt hatten, wehrten sich gegen ihren Ausschluss vom Parteitag, weil nur formale Gründe sie zu ihrem Votum bewegt hätten.<sup>87</sup> Sie sahen im Vorgehen der Zentrale eine »Überrumpelung der Delegierten«, da weitgehende Anträge der Mitgliedschaft zur vorherigen Diskussion hätten vorgelegt werden müssen. Zum Zweck der Spaltung sei die Abstimmung »über das Knie gebrochen« worden, bevor die Bezirksorganisationen hatten Stellung nehmen können. Die protestierenden Delegierten fassten die Leitsätze daher »lediglich als ein Provisorium auf«.<sup>88</sup> Hatte die Zentrale mit dem Heidelberger Parteitag ein Ende des Parteikonflikts herbeiführen wollen, so erwuchs ihr neuer Streit daraus, dass ihr Vorgehen von nicht wenigen Delegierten und Mitgliedern als undemokratisch wahrgenommen wurde. Gewiss waren die inhaltlich strittigen Fragen der Wahlbeteiligung und Gewerkschaftspolitik bereits zwischen Mai und September auf Bezirkskonferenzen diskutiert worden, wie Bois und Wilde gegen den Vorwurf der Überrumpelung einwenden.<sup>89</sup> Den Vorwurf entkräftet dies gleichwohl nicht. Schließlich war die inhaltliche Stellung zu diesen Fragen in den Diskussionen vor dem Parteitag nie mit

83 Pieck: Zur Parteigeschichte der K.P.D. (Anm. 39), Bl. 294 und Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) (Hg.): Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920, Berlin [1920], S. 19. Siehe auch ebd., S. 7 u. 29; Die Reichskonferenz der Klarheit und Grundsätzlichkeit (Anm. 78), S. 2f.; Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 24f.; Pieck: Zur Parteigeschichte der K.P.D. (Anm. 39), Bl. 281 u. 310 sowie Walcher: Auf dem Gründungsparteitag (Anm. 37), Bl. 70.

84 Siehe Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 42.

85 Ebd., S. 43.

86 Siehe auch Fritz Heckert: Meine Begegnungen mit Luxemburg, Liebknecht und Lenin, in: Die Kommunistische Internationale 16 (1935), H. 3, S. 227–247, hier S. 240 u. 243.

87 Siehe auch Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 37.

88 Ebd., S. 40.

89 Siehe Bois/Wilde: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion«? (Anm. 14), S. 39f.

der Konsequenz eines möglichen Parteiausschlusses verbunden worden. Die Opposition weigerte sich jedenfalls, den Parteitag zu verlassen, und Tumult machte ein Weiterverhandeln zeitweilig unmöglich. Ihr Ausschluss konnte am Ende nur durchgesetzt werden, weil die Adresse des neuen Tagungsorts vor ihr geheim gehalten wurde.<sup>90</sup>

### »Innerparteiliche Debatten statt administrativer Maßnahmen«?

Bois und Wilde haben darauf verwiesen, dass die bei der Abstimmung unterlegene Opposition den Parteitag zwar habe verlassen müssen. Die Zentrale habe in den folgenden Monaten aber darauf verzichtet, die Beschlüsse des Parteitages einfach administrativ umzusetzen und Organisationen, die die Leitsätze nicht anerkannten, auszuschließen. Sie habe stattdessen auf innerparteiliche Debatten gesetzt und versucht, die Parteimitgliedschaft von ihren Positionen zu überzeugen.<sup>91</sup> Diesem Urteil widerspricht jedoch, dass die Leitsätze selbst in diesen innerparteilichen Debatten nicht mehr zur Diskussion standen. Wie aus Aufzeichnungen Piecks hervorgeht, ging es der Zentrale darum, die Mitglieder in einigen Bezirken überhaupt erst darüber zu informieren, was auf dem Parteitag geschehen war. Sie verfügte nur über geringe Publikationsmöglichkeiten, die *Rote Fahne* wurde bis in das Frühjahr 1920 hinein immer wieder verboten und so musste sie sich weitgehend auf die in Hanau erscheinende *Freiheit* und auf illegale Flugblätter und Rundschreiben beschränken, die in den Oppositionsbezirken gleichwohl kaum verbreitet wurden. Unter diesen Verhältnissen versuchte die Zentrale zu verhindern, dass die Mitglieder den Oppositionsführern folgten, bevor sie überhaupt Kenntnis über den Inhalt der Leitsätze erhielten.<sup>92</sup> Öffentliche Versammlungen boten zeitweilig die einzige Möglichkeit, um »an die Mitglieder heranzukommen«, wie Pieck schreibt.<sup>93</sup> Es habe sich allerdings nicht darum gehandelt, »dass die Leitsätze von der Zentrale in ihren Grundgedanken auch nur im Geringsten preisgegeben und auch nicht darum, dass sie erneut zur Diskussion gestellt werden sollten, sondern nur darum, dass die Mitglieder selbst sich zu entscheiden hatten, ob sie für oder gegen diese Grundgedanken waren.«<sup>94</sup> So führte die Zentrale weder eine wirkliche innerparteiliche Debatte, noch verzichtete sie auf administrative Maßnahmen. Sie hegte lediglich die Hoffnung, einen Teil der Mitgliedschaft vor dem organisatorischen Ausschluss von ihren Positionen überzeugen zu können. Dabei herrschten in der Zentrale selbst »über dieses taktische Vorgehen gegenüber der Opposition Meinungsverschiedenheiten; ein Teil war für strikte Durchführung der Spaltung in den Bezirken auf Grund der Abstimmung über die Leitsätze, ein anderer Teil war für das Hinausschieben dieser Spaltung[,] um Zeit für die Klärung innerhalb der

90 Siehe Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 44f.

91 Bois/Wilde: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion« (Anm. 14), S. 41–44.

92 Siehe Pieck: Zur Parteigeschichte der K.P.D. (Anm. 39), Bl. 312f.

93 Ebd., Bl. 317.

94 Ebd., Bl. 314. Siehe auch: Die Januarsitzung des Zentralausschusses, in: Kommunistische Räte-Korrespondenz Nr. 1 vom 22. Januar 1920, S. 2–5, hier S. 3.



Organisation zu gewinnen.«<sup>95</sup> Auf administrative Maßnahmen zielten am Ende beide Gruppen. Sie wurden auf der Tagung des Zentral-Ausschusses am 7. und 8. Februar 1920 getroffen. Dieser beschloss, dass die Bezirke, die sich gegen die Leitsätze gestellt hatten, »nicht zum Parteitag zugelassen werden können, und verpflichtete die Genossen dieser Bezirke, die auf dem Boden der Leitsätze stehen, zum sofortigen Zusammenschluss und Bildung neuer Organisationen, die ihre Vertreter zum Parteitag entsenden sollen.«<sup>96</sup> Der nur wenige Wochen später in Karlsruhe stattfindende Parteitag schloss die oppositionellen Bezirke sodann in aller Form aus.

In der Folge verlor die KPD gut die Hälfte ihrer etwa 100 000 Mitglieder.<sup>97</sup> Dieser Aderlass mag dazu beigetragen haben, dass Angehörige der Zentrale ihre Auseinandersetzung mit der Opposition noch in der Rückschau weiterfochten. Sie begriffen den Parteikonflikt auch im Nachhinein nicht als eine demokratische Selbstverständlichkeit, sondern als Ausdruck von »inneren Krankheiten«, die die Partei »fast gänzlich gelähmt haben.«<sup>98</sup> Dementsprechend fand auch die Opposition keine Anerkennung als legitimer Bestandteil innerparteilicher Demokratie. Vielmehr war weiterhin von »Syndikalisten und Anarchisten« die Rede, »die sich in unserer Organisation eingenistet hatten und unsere Arbeit fortgesetzt störten.«<sup>99</sup> Die KPD »von den Elementen zu reinigen, die durch ihre den Kommunismus widerstrebenden Anschauungen die Partei in Verwirrung und zur Aktionsunfähigkeit brachten«, erschien so als »dringendes Gebot.«<sup>100</sup> Die Lehre aus dem Parteikonflikt wollte Levi im Sommer 1920 auch innerhalb der Kommunistischen Internationale gezogen wissen: »Es ist kein Sieg des Proletariats denkbar«, erklärte er auf ihrem Zweiten Kongress, »ohne Führung der Aktion durch eine, sei es auch kleine, aber in sich geschlossene und straff zusammengehaltene Partei.«<sup>101</sup> Zwar regte sich aufgrund des Mitgliederschwundes auch Kritik an der Art und Weise, wie die Spaltung von der Zentrale vollzogen wurde. Darin kam aber nur die schon am Anfang des Konflikts stehende Vorstellung zum Ausdruck, die Mitglieder könnten durch eine umfassende Aufklärung von ihren falschen Standpunkten abgebracht werden. So wurde nicht bemängelt, dass die Parteiführung gegen demokratische Gepflogenheiten verstoßen, sondern dass sie ihre Erziehungsaufgabe gegenüber der Mitgliedschaft nicht ausreichend wahrgenommen habe.<sup>102</sup>

95 Pieck: Zur Parteigeschichte der K.P.D. (Anm. 39), Bl. 314.

96 Ebd., S. 324f. und Dok. 94: Beschluß der Tagung des Zentralausschusses der KPD am 7. und 8. Februar 1920, die auf dem 2. Parteitag beschlossenen Leitsätze als Grundgesetze der Partei zu betrachten, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Anm. 62), S. 184. Siehe auch Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus (Anm. 3), S. 39.

97 Siehe Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 13), S. 445.

98 Bericht über den 3. Parteitag (Anm. 83), S. 19 (Thalheimer).

99 Pieck: Zur Parteigeschichte der K.P.D. (Anm. 39), Bl. 281.

100 Ebd., Bl. 310. Siehe auch: An unsere Parteigenossen!, in: Kommunistische Räte-Korrespondenz Nr. 20 vom 8. November 1919, S. 1f. und Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) (Hg.): Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920, o. D., Berlin, S. 24 (Levi).

101 Levi: Bericht über die Entwicklung der K.P.D. (Anm. 37), S. 34.

102 Siehe etwa Fritz Heckert: Meine Begegnungen mit Luxemburg (Anm. 86), S. 240 u. 243 und Karl Radek: Der Fall Levi. (Nachwort zur Broschüre »Soll die V.K.P.D. ...«), in: Die Kommunistische Internationale 2 (1921), H. 17, S. 55–78, hier S. 66.

## Fazit

Levi war nicht Thälmann, wie Klaus-Michael Mallmann zuspitzend suggeriert,<sup>103</sup> und die frühe KPD entsprach nicht der zunehmend monolithischen und von Moskauer Entscheidungen abhängigen Partei der späten 1920er-Jahre. Sie war pluralistischer, noch deutlich vom offenen Meinungsstreit geprägt und bot der Opposition Spielräume, um ihre Ansichten zu vertreten, die ihr am Ende der Weimarer Republik verwehrt waren. Allerdings eignet sich die frühe KPD auch nicht als das demokratische Gegenmodell zur »bürokratisch-diktatorischen« Partei der späteren Jahre. Schon 1919 war innerparteiliche Demokratie keine Selbstverständlichkeit, sondern Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, die mit den Streitfragen des Parlamentarismus und der Gewerkschaftspolitik verbunden, aber keineswegs identisch waren. Insbesondere am parteipolitischen Denken und Handeln der ehemaligen Spartakusführer in der Zentrale lässt sich eine Vielzahl von Zügen aufweisen, die sich mit der von Weber entwickelten und von Bois und Wilde verteidigten Annahme eines »demokratischen Kommunismus« nicht in Einklang bringen lassen. So fanden Mehrheitsbeschlüsse dann Akzeptanz, wenn sie den Vorstellungen der Zentrale entsprachen. Im Konfliktfall reklamierte diese mit der höheren politischen Einsicht auch die Entscheidungsbefugnis für sich. Dieses Vorgehen der Zentrale brach offen mit den Gepflogenheiten innerparteilicher Demokratie und zielte nicht auf Kompromisse, sondern auf eine Verallgemeinerung ihrer Positionen innerhalb der Partei. Damit ging einher, dass sie der Opposition die Anerkennung als Vertreter legitimer Standpunkte in zunehmend harscher und grundsätzlicher Weise verweigerte. Schon das von der Parteiführung und vielen Mitgliedern der KPD geteilte Selbstbewusstsein, im Unterschied zu anderen Parteien »auf objektiver Grundlage zu objektiven Schlüssen und Zielen« zu kommen,<sup>104</sup> schränkte das Verständnis für divergierende Standpunkte deutlich ein. Verstärkt durch die Bedingungen der Illegalität, wurde die Opposition von der Zentrale vor allem als Lähmung der »Aktionsfähigkeit« der Partei wahrgenommen. Die sprachliche Diskreditierung der Opposition in den politischen Auseinandersetzungen bereitete schließlich den diskursiven Rahmen, in dem die Zentrale die Parteispaltung zu einer notwendigen »Reinigung« erklären konnte. Als Abkehr von den demokratischen Ursprüngen lässt sich die Geschichte der KPD folglich nicht plausibel erzählen. Vielmehr gilt es den Ansätzen der späteren Entwicklung in ihren Anfängen Rechnung zu tragen und dabei stärker als bisher nach den Denk- und Handlungsmustern der historischen Akteure zu fragen, auch wenn dies bedeutet, auf der Suche nach alternativen Entwicklungswegen zum stalinisierten Kommunismus nicht fündig zu werden.

103 Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik* (Anm. 4), S. 59.

104 Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 50), S. 6.